44. TAGUNG
Straßburg, 21.-23. März 2023

Jahrestag des russischen Krieges gegen die Ukraine

ERKLÄRUNG 6 (2023) [1]

1. Der 24. Februar 2023 markiert ein Jahr, seit Russland unter Missachtung des Völkerrechts und der wichtigsten Werte, auf denen die Mitgliedstaaten des Europarats aufbauen, eine groß angelegte Invasion der Ukraine begonnen hat.

2. Russlands rücksichtsloser Krieg fordert nach wie vor Zehntausende unschuldige Leben und verursacht massive Zerstörungen in der ganzen Ukraine, er zwingt Millionen von Menschen, ihr Zuhause zu verlassen, und es verbreiten sich Gewalt und Desinformationen, mit dramatischen Langzeitfolgen für Städte und Gemeinden in der Ukraine und weltweit.

3. Der Kongress der Gemeinden und Regionen kommt aus diesem Grund dem Aufruf der internationalen Gemeinschaft an Russland nach, seinen ungerechtfertigten und nicht provozierten Krieg gegen die Ukraine zu beenden und umgehend, vollständig und bedingungslos seine Truppen vom Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen.

4. Des Weiteren erklärt der Kongress, dass er:

a. die schrecklichen Fälle von Entführungen, Folter, vorsätzlichen Angriffen und Tötungen von unschuldigen Zivilisten, Kindern und kommunal gewählten Amtsträgern, die berechnende Zerstörung ziviler Infrastrukturen, die rechtswidrige Deportation von Ukrainern, die erzwungene so genannte Russifizierung ukrainischer Kinder, die Instrumentalisierung sexueller Gewalt und weitere Kriegsverbrechen sowie Handlungen eines möglichen Genozids, die von russischen Truppen begangen werden, beklagt und aufs Schärfste verurteilt;

b. seiner tiefen Bewunderung für den außerordentlichen Mut der Ukrainer Ausdruck verleiht, die unablässig ihr Land gegen den Aggressorstaat verteidigen, auf dem Schlachtfeld und an der Heimatfront. Ukrainische Städte und Regionen und ihre gewählten Führungskräfte und anderen Vertreter der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften handeln wie eine veritable „zweite Armee" und im Angesicht der Tragödie des Krieges stellen sie ihre große Resilienz unter Beweis;

c. der wichtigen Rolle, die kommunale und regionale Stellen in der Ukraine beim Umgang mit den desaströsen humanitären Folgen für ihre Bürger spielen, und dem Zusammenhalt und der Unterstützung, die sie einander zeigen, Anerkennung zollt;

[1] Diskussion und Annahme durch den Kongress am 21. März 2023, 1. Sitzung (siehe Dokument (CG(2023)44-16), Berichterstatter: Leendert VERBEEK, Niederlande (R, SOC/G/PD).

d. die Solidarität und Einigkeit der Europäer, ihrer Städte und Gemeinden lobt, die Millionen von Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtet sind, willkommen heißen und geholfen und unterstützt haben, um ihre Bedürfnisse seit der russischen Invasion zu erfüllen, und er ruft dazu auf, diese Unterstützung beizubehalten und zu erhöhen, um der Ukraine bei ihrer Verteidigung und der Verteidigung ihrer Bevölkerung zu helfen;

e. die europäischen Städte und Regionen aufruft, die Mobilisierung und Bereitstellung groß angelegter Finanz-, Sicherheits- und humanitärer Hilfen für ihre ukrainischen Entsprechungen fortzuführen, einschließlich durch Online-Initiativen, wie die vom Kongress gesponserte Plattform Cities4Cities/United4Ukraine und die europäischen Städte und Regionen aufruft, nach Möglichkeiten für das Etablieren vielschichtiger Partnerschaften mit ukrainischen Städten und Regionen zu suchen, idealerweise mit einer Langzeitperspektive.

f. unterstreicht, dass direkte persönliche Beziehungen zwischen Städten eine Rolle bei der Bekämpfung von Desinformationen spielen können, da es falsche Informationen aus unklaren Quellen in den sozialen Medien erschweren, Situationen objektiv zu bewerten;

g. die große Bedeutung hervorhebt, für die Opfer für Gerechtigkeit zu sorgen und Russland für seinen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine zur Verantwortung zu ziehen. Er unterstützt, in Einklang mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals für die Aggressionsverbrechen gegen die Ukraine und die Einrichtung eines internationalen Entschädigungsmechanismus für die Verletzungen, Schäden und Verluste, die der Staat Ukraine sowie die natürlichen und juristischen Personen in der Ukraine erlitten haben;

h. die Ukraine bei ihrem Beitrittsprozess zur Europäischen Union unterstützt und seine Bereitschaft erklärt, der Ukraine bei ihren diesbezüglichen Bemühungen zu helfen;

i. der festen Überzeugung ist, dass die Dezentralisierung und die Reform zur kommunalen Selbstverwaltung in der Ukraine zur Resilienz auf kommunaler und regionaler Ebene beitragen. Er unterstreicht aus diesem Grund die Notwendigkeit, den Reformprozess während der Erholung nach Kriegsende weiterzuführen, um die kommunale und regionale Demokratie weiter zu vertiefen;

j. gelobt, seine Bemühungen zur Stärkung der kommunalen und regionalen Aktivitäten. der mehrstufigen Governance und der Förderung starker und resilienter Städte und Gemeinden in der Ukraine weiterzuführen;

k. so wie schon ab dem ersten Tag der russischen Invasion, seine uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine, ihrer Bevölkerung und den Gemeinden bestätigt sowie seine resolute Unterstützung für die Souveränität, die politische Unabhängigkeit und die territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Er erkennt die versuchte rechtswidrige Annexion von Teilen des ukrainischen Hoheitsgebietes durch Russland nicht an.

5. Der Kongress steht in dieser historisch angespannten Zeit für die Ukraine und die Welt an ihrer Seite und glaubt an eine gemeinsame, demokratische Zukunft auf der Grundlage der Achtung des Völkerrechts und eines gerechten Friedens.